

Es geht voran!

Der Demokratisierungsprozeß in der DDR macht Fortschritte. Der von der Verfassung garantierte Führungsanspruch der SED ist hinfällig. Politischer Pluralismus und die Umgestaltung der Wirtschaft im anderen Teil Deutschlands sind große Herausforderungen in den kommenden Jahren.

Politische Freiheit und bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen sind die im Vordergrund stehenden Ziele. Mittelfristig werden die in der politischen Verantwortung Stehenden nicht umhin kommen, das System der reglementierten Preise grundlegend in Richtung soziale Marktwirtschaft zu verändern.

Subventionierte Grundnahrungsmittel dürften sich auf Dauer nicht durchhalten lassen. Entsprechendes gilt auch für die Mieten.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die damit einhergehende Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der DDR werden die Gewerkschaften vor neue und große Aufgaben stellen.

Sie werden ihr angeschlagenes Vertrauen nur zurückgewinnen können, wenn sie eine an den tatsächlichen Interessen der arbeitenden Menschen in der DDR ausgerichtete Politik betreiben. R. I.

Im VEB rumort es mächtig . . .

Täglich neue Berichte über skandalöse Verwendung gewerkschaftlicher Spendengelder, Ämtermißbrauch und die unheilvolle Verflechtung mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) rütteln an den Grundfesten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB).

Unsere Gesprächspartner in Dresden berichten von wöchentlichen Vertrauensleuterversammlungen in vielen Betrieben: „An der Basis kommt der ganze Zorn und die Unzufriedenheit hoch. Täglich neu wird die Vertrauensfrage gestellt, da ist so mancher Kopf gerollt.“

Kein Wunder. Für viele Kolleginnen und Kollegen waren die betriebliche Gewerkschaftsleitung, der staatliche Betriebsleiter und der Parteisekretär im Betrieb ein und dasselbe: Planerfüllung stand vor der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen.

Jetzt werden Konsequenzen gezogen. Ungewohnt kritische Töne findet man im Entwurf zum — in aller Eile erstellten — neuen Grundsatzprogramm des FDGB: „Die Tatsache, daß wir der Politik der

SED kritiklos gefolgt sind . . . führte zur Krise in den Gewerkschaften und zum Vertrauensverlust bei den Mitgliedern.“

Noch im September vergangenen Jahres hätte so etwas — öffentlich ausgesprochen — jeden Gewerkschafter wohl nicht nur den Job, sondern auch die Freiheit gekostet.

Die neue Satzung sieht die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaft vor. Zwar fehlt es auch jetzt nicht an Bekenntnissen zum Sozialismus (einem erneuerten), aber der Wille zur Rückbesinnung auf die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben dominiert. Der bisher übermächtige FDGB verliert an Einfluß, gestärkt werden die Einzelgewerkschaften.

Heftig tobt die Auseinandersetzung um das Streikrecht. Auch der Ruf nach der Wahl von unabhängigen Betriebs- und Personalräten wird lauter.

Das Leistungsprinzip wird zum Credo gewerkschaftlicher Tarifpolitik, einschließlich der „stärkeren

Frankfurter
Allgemeine
Zeitung
Zeichnung:
Mayk

Wanden der DDR



Differenzierung des Einkommens nach Qualifikation und Verantwortung“. Die „heilige Kuh“ Volkseigentum hat ein merkwürdig neues Kälbchen. Es heißt Privateigentum.

Ob es der FDGB auch mit neuem Programm, geänderter Satzung und anderen Köpfen schafft, verlorenes

Vertrauen wiederzugewinnen, ist ungewiß. Alternativen zum FDGB sind nicht ausgeschlossen.

Allerdings ist die Opposition voll und ganz mit der politischen Umgestaltung des Staates befaßt. Sie braucht ihre Kraft zum Aufbau der eigenen Strukturen und für den Wahlkampf. gd



Symbol der Angewandten Vereinigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der ehemaligen sozialistisch besetzten Zone, die verschlungenen Hände, ist diskreditiert. Foto: ap

Hilfe willkommen

„Wenn ich diesen Betrieb wirtschaftlich führen soll, sind 30 Prozent der Arbeitskräfte überflüssig!“ Dieser Satz, gesprochen von dem staatlichen Leiter eines Volkseige-

nen Betriebes (VEB) in Dresden gegenüber Gästen aus der Bundesrepublik, macht einiges von den Sorgen deutlich, die unsere Kollegen „drüben“ umtreiben.

„Ein Facharbeiter oder Angestellter in der DDR verdient monatlich um die 1000 Mark“, sagt mir Dieter K.

Und Lothar S., beide sind engagierte Gewerkschafter in Dresden, ergänzt: „Vergiß aber nicht, die Miete beträgt rund 100 Mark, und der Platz für das Kindertagesheim samt Verpflegung kostet 20 Mark. Mit der Straßenbahn fahren wir für 20 Pfennig.“

Wenn jetzt über die „radikale Umgestaltung der DDR-Wirtschaftsordnung“ (Wirtschaftsministerin Christa Luft), über Jointventures mit dem Westen oder gar über eine Währungsreform gesprochen wird, so fragt sich mancher Bürger der DDR, was dies für die vielzitierten „sozialen Errungenschaften“ bedeutet.

Natürlich, noch immer sind die Käuferschlangen auf dem Striezelmarkt, dem traditionellen Weihnachtsbasar in Dresden, lang — genauso wie jeden Freitag beim Schlachter. „Unter einer Stunde Wartezeit geht nichts“, sagt Lothars Frau Heidi.

Und die Beton-Silos, Denkmäler sozialistischer Wohnraumarchitektur, wie graue Klötze über die ganze Stadt gewürfelt, sind alles andere als anheimelnd. Auch die von den schweren Kriegsschäden verschont gebliebenen traditionell vornehmen Wohnquartiere Dresdens sind in einem erbarmungswürdigen Zustand.

Dennoch, man ist stolz über die Aufbauleistung und hat Angst um das Erreichte.

Kann sich Heinz W. seinen neuen Trabbi, auf den er seit über zehn Jahren wartet, nach einem möglichen Währungsschnitt noch leisten? Er macht sich seine Gedanken: „Wenn es jetzt wirtschaftlich den Bach runtergeht, kannst du die ganze Perestrojka vergessen!“

Deshalb ist Hilfe aus dem Westen willkommen. Nicht als Almosen, bitte sehr, sondern für die Stabilisierung der demokratischen Entwicklung! gd